

FORDERUNGSPAPIER ZUR 20. LEGISLATURPERIODE



Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) tritt für eine effektive und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Sinne der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) ein. Sie engagiert sich in den Bereichen Gesundheit (SDG 3), Gleichstellung der Geschlechter (SDG 5) und umfassender Sexualaufklärung. Die DSW plädiert dafür, dass der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung das Engagement zur Erreichung von SDG 3 und 5 fortführen und ausbauen. In diesem Papier stellt sie Maßnahmen vor, die aus ihrer Sicht in der 20. Legislaturperiode priorisiert werden müssen, um allen Menschen ein gesundes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Die Folgen der Covid-19-Pandemie betreffen Menschen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen (Low and Middle Income Countries, LMICs) besonders stark. Bis zum Frühjahr 2021 wurden 160 Millionen Covid-19-Fälle und 3,3 Millionen Todesfälle an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gemeldet. Schätzungen zufolge könnte der tatsächliche Wert zwei- bis dreimal höher liegen. Neben den kurz- und langfristigen gesundheitlichen Folgen hat die Pandemie erhebliche soziale und wirtschaftliche Auswirkungen. Sie verstärkt Geschlechterungleichheit und macht erreichte Entwicklungsfortschritte zunichte. Dadurch verschlechtert sich die Lebenssituation von Millionen Menschen weltweit.

Die Agenda 2030: Umsetzung sicherstellen

Bereits jetzt ist klar: Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie gefährden die Erreichung der SDGs und damit die Umsetzung der Agenda 2030. Umso wichtiger sind eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung und ein starkes politisches Engagement Deutschlands, um die Sekundärfolgen dieser Pandemie für die Menschen zu mildern.

Mädchen und Frauen sind von den Sekundärfolgen der Covid-19-Pandemie am stärksten betroffen: Mit zunehmender Armut steigt für Mädchen das Risiko, früh verheiratet zu werden, weil ihre Familien sie nicht mehr versorgen können. Laut UNICEF könnten bis zum Ende des Jahrzehnts bis zu zehn Millionen Mädchen zusätzlich betroffen sein. Gleichzeitig fallen Mädchen häufiger Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM) zum Opfer, da FGM in einigen Gemeinden als Voraussetzung für die Ehe gesehen wird. So könnten bis 2030 zwei Millionen zusätzliche Fälle von FGM auftreten. Durch Frühverheiratungen steigt überdies die Zahl der Mädchen, die schon im Teenageralter Mütter werden. Nach Schätzungen des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) vom März 2021 hatten zudem nahezu zwölf Millionen Frauen in LMICs infolge der Pandemie zeitweise keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. Dies führte zu 1,4 Millionen unbeabsichtigten Schwangerschaften.

Gleichzeitig stehen Gesundheitssysteme vielerorts unter Druck: Personal, Testgeräte, Labore und Gesundheitszentren mussten schnell darauf ausgerichtet werden, die neue Pandemie einzudämmen. In Ländern mit schwachen medizinischen Versorgungsstrukturen hat das schwerwiegende Folgen: In vielen LMICs mussten Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere, Krankenhausentbindungen und Routineimpfungen gegen Infektionskrankheiten wie Polio zeitweise ausgesetzt werden. Auch Tests und Behandlungen für HIV und Aids, Tuberkulose (TB) und Malaria wurden eingeschränkt, sodass 2021 mehr Todesfälle durch diese Krankheiten erwartet werden. Gleichzeitig führen Vorerkrankungen wie Aids und TB häufiger zu schweren Covid-19-Verläufen. Umso wichtiger sind neue medizinische Produkte gegen armutsassoziierte und vernachlässigte Krankheiten. Doch bereits 2019 wurden die Mittel für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich gesenkt. Es ist zu befürchten, dass diese weiter sinken, da sich viele Länder auf die Forschung und Entwicklung zu Covid-19 konzentrieren.

Diese Beispiele zeigen, dass die Sekundärfolgen der Covid-19-Pandemie mehrere Millionen Menschen betreffen. Als eine der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt muss Deutschland seine internationale Vorreiterrolle im Bereich Globale Gesundheit und Gleichstellung der Geschlechter nutzen und sich in den kommenden Jahren wahrnehmbar für die erfolgreiche Umsetzung der SDGs einsetzen. Ein klares Bekenntnis zu mehr Solidarität und Multilateralismus kann weitere Geberländer motivieren, Deutschlands Beispiel zu folgen und die globale Zusammenarbeit nachhaltig zu unterstützen.

Nachhaltige Entwicklungsfinanzierung: Niemanden zurücklassen

Um den Folgen der Covid-19-Pandemie in LMICs entgegenzutreten, muss die Bundesregierung ihre internationalen Versprechen einhalten. Das Ziel, Mittel in Höhe von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (Official Development Assistance, ODA) bereitzustellen, wurde 2020 mit 0,73 Prozent dank der umfassenden Sonderprogramme der Bundesregierung zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie erreicht. Im Kabinettsbeschluss vom Juni 2021 und in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2023 bis 2025 sinkt der BMZ-Etat jedoch ab 2022 signifikant. Zudem wurde der in den SDGs zugesagte Anteil der Entwicklungsfinanzierung für die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) von 0,15 bis 0,2 Prozent des BNE in der 19. Legislatur erneut verfehlt.

Die DSW fordert daher den Bundestag und die Bundesregierung auf,

- eine verlässliche, ausreichende Entwicklungsfinanzierung über 2021 hinaus sicherzustellen: Es muss festgelegt werden, wie dauerhaft mindestens 0,7 Prozent des BNE für ODA-spezifische Ausgaben bereitgestellt werden und gleichzeitig der BMZ-Etat nicht unter das Niveau von 2021 fällt. Hierfür bedarf es auch ausreichender Verpflichtungsermächtigungen.
- der Zusage im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung nachzukommen, ODA-Mittel in Höhe von 0,15 bis 0,2 Prozent des BNE für LDCs bereitzustellen.
- multilaterale Ansätze, die effektive und effiziente Beiträge zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung leisten, stärker zu fördern.

Gesundheit und Gleichstellung: Ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen

Gesundheit und Gleichstellung der Geschlechter sind der Schlüssel dafür, dass Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Für die Realisierung dieser Menschenrechte sind hochwertige, für alle zugängliche und bezahlbare Gesundheitssysteme essentiell. Zu einer universellen Gesundheitsversorgung (Universal Health Coverage, UHC) gehören auch Dienstleistungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit: Sie senken die Mütter- und Kindersterblichkeit, verbessern die Versorgung mit Verhütungsmitteln und verhindern unbeabsichtigte Schwangerschaften und HIV-Infektionen. UHC ermöglicht zudem die Behandlung von über einer Milliarde Menschen, die von armutsassoziierten und vernachlässigten Krankheiten betroffen sind. Gerade für diese Krankheiten müssen neue, verbesserte medizinische Produkte entwickelt werden, die für alle Menschen zugänglich und erschwinglich sind.

Die DSW fordert daher vom Deutschen Bundestag und der Bundesregierung:

- eine menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik zu verfolgen, deren Hauptziel die Reduzierung von Armut sowie die sozioökonomische Entwicklung der Partnerländer ist und damit zu guten Lebensbedingungen für alle Menschen beiträgt.

Im Bereich Globale Gesundheit:

- die Stärkung von Gesundheitssystemen (Health System Strengthening, HSS) als Priorität der globalen Gesundheitspolitik anzusehen und über die bi- und multilaterale Zusammenarbeit verstärkt voranzutreiben. Ziel muss sein, UHC für alle Menschen zu erreichen.
- die Beiträge an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria zu erhöhen, um diese Epidemien bis 2030 zu beenden. Hierfür sollte Deutschland sowohl das Kernmandat als auch die Aktivitäten des Globalen Fonds zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie finanziell stärken.
- die politische und finanzielle Unterstützung für die globale Impfallianz Gavi weiter zu stärken, um zur nachhaltigen Reduzierung der Kindersterblichkeit und der Covid-19-Infektionen beizutragen.
- mehr in die Pandemievorsorge zu investieren und die politische und finanzielle Unterstützung der Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) auszubauen, um so die schnellere Forschung und Entwicklung neuer Impfstoffe zu fördern.
- das multilaterale System unter dem Dach einer starken, handlungsfähigen WHO zu unterstützen. Die Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 zeigen, wie wichtig eine koordinierte, internationale Antwort auf Gesundheitskrisen ist.

Im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte:

- einen stärkeren Beitrag zur Umsetzung des universellen Zugangs zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten (SRGR) zu leisten. Hierzu gehören unter anderem jugendfreundliche Gesundheitsdienstleistungen, der Zugang zu HIV-Prävention und zu modernen Verhütungsmitteln sowie umfassende Sexualaufklärung für alle Jugendlichen, unabhängig von der Zustimmung Dritter. Um dies zu erreichen, gilt es, die Arbeitsfelder UHC und SRGR stärker als bisher zu verzahnen. Die Schnittstellen beider Konzepte sind so vielseitig, dass sich ein universeller Zugang zu SRGR nicht ohne UHC erreichen lässt – und umgekehrt.
- die BMZ-Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit“ finanziell aufzustocken und über 2023 hinaus fortzuführen. Zudem sollten die Mittel für die International Planned Parenthood Federation (IPPF) und den UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) weiter aufgestockt werden – nicht zuletzt, um den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie entgegenzuwirken.
- die Schnittstelle zu Bildung, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechten zu stärken. Um junge Menschen mit Präventionsangeboten zu erreichen, sind umfassende Sexualaufklärung und Gesundheitsbildung in und außerhalb von Schulen wichtige Instrumente. Innovative Ansätze für umfassende Sexualaufklärung müssen ausgeweitet werden.

FORDERUNGSPAPIER ZUR 20. LEGISLATURPERIODE



Im Bereich Gleichstellung der Geschlechter:

- zügig einen dritten BMZ Gender Aktionsplan (GAP III) zu erarbeiten, der inhaltlich ambitioniert und finanziell ausreichend ausgestattet ist und an den 2020 ausgelaufenen GAP II anknüpft.
- die Mittel für Projekte mit Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit aufzustocken: Die Anzahl und das Finanzvolumen der Projekte, die Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel verfolgen, sollten in den kommenden Jahren signifikant erhöht werden. Mittelfristig sollten sie 20 Prozent der bilateralen ODA-Mittel ausmachen.
- als handlungsfähiger und verlässlicher Partner auf EU- und UN-Ebene aufzutreten und zusammen mit Gleichgesinnten Errungenschaften im Bereich der Frauenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und SRGR zu stärken. Dies bedeutet auch, dass internationale Foren, Politikdialoge und -verhandlungen mit hochrangigen Vertreter*innen der Bundesregierung besetzt werden müssen.

Im Bereich armutsassoziierte und vernachlässigte Krankheiten:

- die Investitionen in die Erforschung und Entwicklung neuer Diagnostika, Impfstoffe und Medikamente zu erhöhen. Produktentwicklungspartnerschaften (PDPs) haben sich in diesem Rahmen bewährt. Eine dritte Förderrunde sowie die Verstetigung der Mittel müssen zügig in die Wege geleitet werden.
- sicherzustellen, dass die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu Covid-19 nicht zu Lasten der Forschungsförderung zu armutsassoziierten und vernachlässigten Krankheiten geht.
- die neue Globale Gesundheitspartnerschaft EU-Afrika (EDCTP3) jährlich mit mindestens fünf Millionen Euro in Barmitteln zu unterstützen, um das volle Potenzial des Finanzierungsmechanismus zu nutzen.
- sich auf europäischer Ebene für regelmäßige Ausschreibungen im Gesundheitsbereich des EU-Forschungsprogramms „Horizont Europa“ einzusetzen.

Über die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) ist eine international tätige Entwicklungsorganisation. Unser Ziel ist es, zu einer zukunftsfähigen Bevölkerungsentwicklung beizutragen. Wir engagieren uns für die Umsetzung des Menschenrechts auf Familienplanung. Insbesondere unterstützen wir junge Menschen in Ostafrika dabei, selbstbestimmte Entscheidungen über ihre Sexualität und Verhütung zu treffen. Gleichzeitig bringen wir uns auf nationaler und internationaler Ebene in politische Entscheidungsprozesse in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung und Gleichstellung der Geschlechter ein. Neben dem Hauptsitz in Hannover ist die DSW in Äthiopien, Kenia, Tansania und Uganda sowie mit Verbindungsbüros in Berlin und Brüssel vertreten.

Mehr Informationen finden Sie unter www.dsw.org.

Für Fragen und Anregungen nehmen Sie gerne Kontakt mit uns auf:

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Alexanderstr. 1 · 10178 Berlin · Tel.: 030 2400069-0 · berlin@dsw.org